

## Freiheitsoper im Cottbuser Zuchthaus

Staatstheater inszeniert „Fidelio“ in Gedenkstätte

POTSDAM/COTTBUS - Beethovens Fidelio, aufgeführt im früheren Cottbuser Gefängnis: Das dürfte wohl eine der spektakulärsten Opern-Inszenierungen werden, die es in Brandenburg gegeben hat. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution inszeniert das Staatstheater Cottbus vom 28. Juni bis 12. Juli im Innenhof des berühmten ehemaligen Zuchthaus Cottbus die berühmte Freiheitsoper „Fidelio“. In einer Kulisse, die authentischer nicht sein könnte, unter freiem Himmel, mit Plätzen für tausend Zuschauer. An einem Ort, „der ganz besonders für das System der Unterdrückung in der DDR steht“, sagte Kulturministerin Sabine Kunst (parteilos) am Mittwoch in Potsdam bei der Vorstellung des Programms.

Getragen wird das ungewöhnliche Projekt vom Staatstheater und dem Häftlings-Verein „Menschenrechtszentrum Cottbus“, ohne den es die junge Gedenkstätte nicht gäbe. Es war einst das bedeutendste DDR-Gefängnis für politische Gefangene, von 1945 bis 1989 saßen hier insgesamt rund 20 000 Menschen ein, viele wegen versuchter „Republikflucht“. Seit Dezember 2013 gibt es hier eine Dauerausstellung. Hier eine Oper zu inszenieren, unter freiem Himmel, ist aufwendig.

THEMA

25 Jahre Mauerfall

Gut 300 Mitwirkende gibt es, darunter vier ehemalige Häftlinge, die im Extrachor singen. Einer ist Gilbert Furian. Dass er da singe, wo er es als Häftling nicht durfte, „erfüllt mich mit historischer Schadenfreude“, sagte Furian.

Die Fidelio-Inszenierung kostet rund eine Million Euro, die Hälfte kommt aus Spenden. Die andere Hälfte sind die eingerechneten Leistungen des Staatstheaters. Wie Intendant Martin Schüler sagte, erklären sich die Kosten für Ton-, Bühnen-, und Lichttechnik sowie den Gagen für die internationalen Künstler in den Hauptrollen, die Australierin Miriam Gordon-Stewart (Leonore) und den Tenor Craig Bermingham (Florestan). Fest steht, dass es bei der Fidelio-Aufführung bleiben wird. Wer die verpasse, habe Pech, sagte Schüler. „Eine Wiederholung wird es nicht geben.“

Und natürlich verspricht sich das „Menschenrechtszentrum“ davon einen Effekt in eigener Sache – mehr Aufmerksamkeit für den noch wenig bekannten Gedenkort, den deutschlandweit einzigen in Selbstverwaltung durch ehemalige Häftlinge. Brandenburg hat die Investition mit rund 1,1 Millionen Euro gefördert, für den laufenden Betrieb flossen 2013 bescheidene 90 000 Euro. So macht Sylvia Wähling, ehrenamtliche Geschäftsführerin des Vereins, keinen Hehl daraus, dass die Gedenkstätte ums Überleben ringt: „Die Finanzierung ist unsicher, wir sind sehr gefährdet.“ Kulturministerin Kunst hielt sich dazu bedeckt, verwies darauf, dass die Haushalte kommender Jahre erst aufgestellt werden.

THORSTEN METZNER

— Informationen und Karten (25 bis 69 Euro) unter [www.staatstheater-cottbus.de](http://www.staatstheater-cottbus.de)

## Eklat in der Berliner Koalition

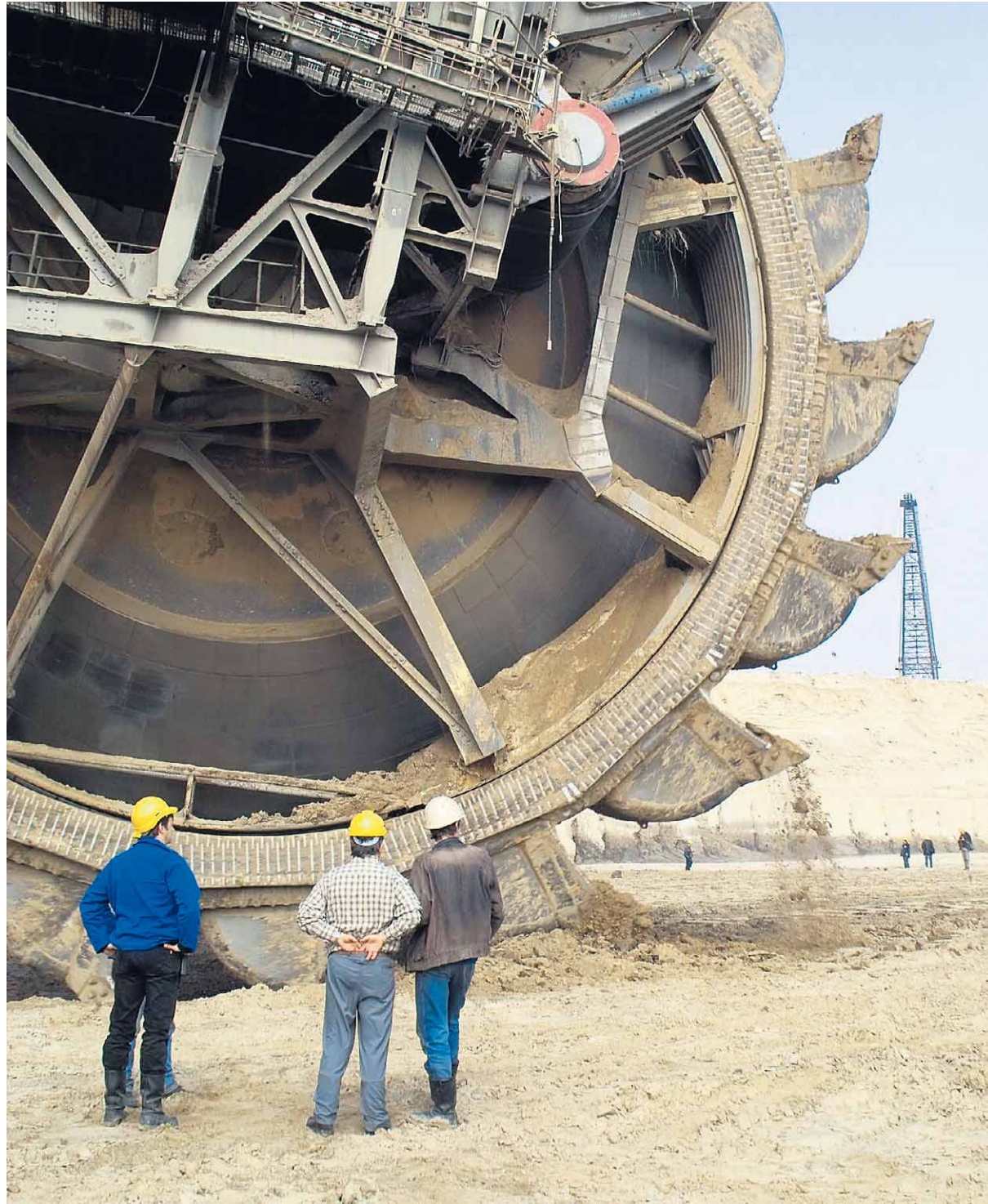
BERLIN - Es gibt schwere Verstimmungen in der rot-schwarzen Koalition in Berlin. Zuerst ärgerte sich die Berliner CDU über die Entscheidung des Finanzsenators Ulrich Nußbaum (parteilos, für SPD), dem landeseigenen Unternehmen Berlin Energie für die nächsten zehn Jahre das Gasnetz zu überlassen. Dann kam es im Vermögensausschuss zum Eklat. Die Koalition zerstritt sich am Mittwoch in der Frage, wie mit den landeseigenen Liegenschaften umzugehen ist. Die CDU überstimmte in sechs Grundstücksfällen gemeinsam mit den oppositionellen Grünen und Linken die SPD. Die Fraktionschefs Raed Saleh (SPD) und Florian Graf (CDU) mussten einschreiten, um den Konflikt zu entschärfen. Finanzsenator Nußbaum beschwerte sich außerdem vor Unternehmern über die Zustände beim Flughafen BER. *sb/za*

— Seiten 14 und Meinung

# Das frisst ihn auf

Günther Bartusch ist 84, er lebt schon immer in der Lausitz. Erst in Haidemühl, dann musste er umziehen für die Braunkohle. Jetzt rückt der Tagebau wieder näher. Bald wird der Bagger vor seiner Tür in stehen – diesmal in Proschim

VON BENJAMIN VON BRACKEL



Keine Chance gegen die Großen. Mehr als 120 000 Einwendungen waren gegen den Entwurf des Braunkohleplans eingegangen – vergeblich. Die Landesregierung hat dem Braunkohleentwicklungsplan am Dienstag zugestimmt. Foto: Imago

den Backsteinhäusern, die verschwanden, verloren auch die Erinnerungen, die Geschichten ihr Gerüst. So war es auch bei Günther Bartusch: Er hat im Bergbau als Schlosser gearbeitet, der Tagebau hat ihn ernährt und Arbeit gebracht; er hat ihm aber auch, so sieht er

es, das Wertvolle in seinem Leben genommen.

Um halb zwölf, pünktlich für das Mittagessen, biegt er in die gepflasterte Einfahrt vor seinem Haus ein, ein Neubau am Ende eines Asphaltweges, eingegrahmt von Wald und Feld. Nachts hört er

das Surren der Förderbänder – wie eine Drohung wirkt das, seit klar ist, dass Vattenfall auch unter Proschim nach Braunkohle baggern will.

Im ersten Stock, wo er seine Wohnung hat, zieht er aus dem Bücherregal ein Band nach dem anderen, „Verschwundene Dör-

### ENERGIEPOLITIK

## Grüne fordern Einschreiten des Senats gegen Tagebau

Der Berliner Senat muss aus Sicht der Grünen in Berlin und Brandenburg alles dafür tun, damit der beschlossene neue Tagebau Welzow-Süd II bei Spree als Folge des Braunkohleabbaus. Davor hatten auch die Umweltbehörden in Berlin und Brandenburg bereits 2012 gewarnt. „Der Berliner Senat ist mitverantwortlich für die Entscheidung, dass in Welzow-Süd II 200 Millionen Tonnen Braunkohle abgebagert werden sollen, deren Verbrennung mehr CO<sub>2</sub> verursacht, als ganz Berlin in 10 Jahren“, so Schäfer. Die Aufstellung und Änderung von Braunkohleplänen sei Teil der Gemeinsamen Landesplanung von Berlin und

Brandenburg und erfordere die Zustimmung beider Länder. Die Grünen berufen sich in ihrem Antrag auf Berlins Umweltsenator Michael Müller (SPD). Der hatte Anfang Mai im Abgeordnetenhaus deutlich gemacht, dass eine Ausdehnung aus umweltpolitischer Sicht kritisch zu sehen sei. Berlin müsse aber zur Kenntnis nehmen, „dass Brandenburg auch wirtschafts- und arbeitspolitische Interessen verfolgt“. Die Grünen werfen dem Senat nun in ihrem Antrag vor, die Pläne für den Tagebau Welzow-Süd II faktisch durchgewinkt zu haben. Der Senat könne „aber mit der Einberufung der Landesplanungskonferenz auf eine

Revision des Braunkohlenplans dringen“. Der Grüne-Fraktionschef im Brandenburgischen Landtag sagte, das von den Vattenfall-Braunkohlekraftwerken ausgestoßene CO<sub>2</sub> sei kein rein brandenburgisches Problem. „Eine Gemeinsame Landesplanung, die diesen Namen verdient, macht nur auf der Basis einer zukunfts-fähigen Energiestrategie für die gesamte Region Sinn.“ Indes hat die FDP-Landtagsfraktion einen Antrag auf eine Volksbefragung zum Braunkohletagebau eingereicht. Volksbefragungen bei Großprojekten oder politischen Grundsatzenfragen müssen künftig obligatorisch sein. *axf*

fer“, „Bergbau-Umsiedler“, „Abschied ohne Wiederkehr“ oder „Erinnerungen an die verschwundene Heimat“. Während man mit den Büchern beschäftigt ist, werkt Bartusch in der Küche.

Dort stellt er 20 Minuten später einen Teller mit Eisbein auf den Tisch. Während sich der Kartoffelbrei in der Soße auflöst, erzählt Bartusch, wie er kurz vor der Wende sein Dorf Haidemühl, das Nachbar-dorf von Proschim, schon vor der Wende verlassen sollte – weil dort nach Braunkohle baggert werden sollte. Die Familie hatte schon begonnen, Bücher und Geschirr einzupacken, die ersten Bewohner zogen aus ihren Häusern aus – doch die Wende stoppte alle Pläne. Erst nach der Jahrtausendwende wurde der Plan wieder aus der Schublade geholt. Nun hieß es doch: Das Dorf verschwindet.

Während die Familie ihre letzten Tage im Haus verbringt, wird schon das Gartentor abmontiert und das Dach abgedeckt. Seine Frau hilft Bartusch das Haus auszuräumen, Kiste für Kiste. Sie sagt ihm: Sie will hier nicht weg. Als Kind hatte sie aus Pommern fliehen müssen, das hat sie geprägt. Der Umzug setzt ihr zu, sie wird krank. Eines Tages kommt Bartusch nach Hause und findet einen Zettel, auf dem steht, dass seine Frau im Krankenhaus sei. Acht Tage nach dem Umzug ins zwei Kilometer entfernte Proschim stirbt sie an Krebs.

Bartusch wird durch seine Familie aufgefangen, seinen Sohn, seine Schwiegertochter und seinen Enkel, die alle auf dem gleichen Grundstück wohnen, vor allem aber durch seinen Nachbarn, bei dem er als eine Art Hausmeister hilft und der wiederum sich als Arzt um ihn kümmert. Bei der Nachmittagsrunde ist er mit dabei. Während er in Bartuschs VW-Golf durch Proschim fährt, mit Bartusch auf dem Rücksitz, deutet er mit dem Finger von einem Haus zum nächsten: „Verräter“, „will bleiben“, „mein Vater – will bleiben“, „meine Tante – Verräter“.

Durch das Dorf geht ein Riss, manche wollen umziehen in neue, sanierte Häuser, die ihnen von Vattenfall bezahlt werden, andere wollen ihre Heimat nicht verlieren. Oder nicht ein zweites Mal verlieren, wie im Fall von Günther Bartusch.

Als letzte Station hat sich Günther Bartusch die Brikettfabrik Knappenrode ausgesucht. Das Areal steht unter Denkmalschutz und ist heute ein Museum. Aber die Brikettfabrik ist der von Haidemühl ganz ähnlich, in der Bartusch gearbeitet hatte. Im Backsteinbau empfängt einen staubig-kühle Luft, Bartusch führt über die Stahl-Treppen an den Öfen entlang, den rostigen Kesseln, Pressen, Hammermühlen, Rädern, den kindersicheren Eisenzangen, Trafos und Thermometern.

Bartusch erzählt vom Lärm, dem er jeden Tag als Schlosser ausgesetzt war. Im Ofenhaus herrschten oft Lärmpegel von bis zu 94 Dezibel – so laut wie das Schlagen eines Presslufthammers. Und an den offenen Röhrentrocknern wurde es im Sommer bis zu 70 Grad heiß – als Entschädigung bekamen die Arbeiter kostenlos Limonade und Wasser gereicht, heißt es auf einer Schautafel. Bartusch zeigt mit dem Finger zwischen die Stahlblätter eines Tellerrockners, in ganz ähnliche hatte er hineinkriechen müssen, in die Hitze, wenn es etwas zu reparieren gab. Oft bekam er vor lauter Kohlestaub die Augen gar nicht mehr auf, erzählt er. Und abends, wenn er nach Hause kam, spuckte er schwarz aus. Obendrein ruierte ihm das Asbest die Lunge.

Die Braunkohle hat ihm die Gesundheit verdorben, das Heimatdorf genommen, die Ruhe geraubt. Auch er hat gegen Welzow-Süd II unterschrieben. Aber als Bartusch aus dem Backsteingebäude tritt und von seinem letzten Arbeitstag erzählt, als um ein Uhr mittags der Pfiff kam, zittert seine Stimme und ihm kommen die Tränen, genau wie damals.



800 Menschen sind hier im Süden betroffen

## Märker finden Naturparks gut

Klare Mehrheit für den Erhalt. Allerdings sind einige wegen finanzieller Not in ihrer Existenz gefährdet

POTSDAM - In Brandenburgs Landesregierung sind sie regelmäßig vom Rotstift bedroht: Doch die Bevölkerung hat offenbar ihren Frieden mit den lange umstrittenen Naturparks im Land gemacht. Darauf deuten zumindest die Ergebnisse einer neuen Akzeptanz-Studie der Universität Greifswald hin, die Umweltministerin Anita Tack (Linke) am Mittwoch in Potsdam vorstellte. Mit der 25 000 Euro teuren Studie war in drei der elf Naturparks im Land untersucht worden, wie die Bevölkerung sie findet. Und zwar im Niederlausitzer Landrücken, im länderübergreifenden berlin-brandenburgischen Naturpark Bar-

nim und im Stechlin-Ruppiner Land. Bei den Befragungen, die repräsentativen Charakter hatten, war das Feedback demnach überall überraschend positiv. „Es sind Erfolgsgeschichten. In anderen Bundesländern, in anderen Schutzgebieten gibt es solche Ergebnisse nicht“, sagte Susanne Stoll Kleemann, die mit ihren Studenten vom Lehrstuhl für Nachhaltigkeitswissenschaft und Angewandte Geografie die Untersuchung machte. Es sei auch ein Unterschied zu Brandenburg in früheren Jahren. Besonders deutlich wurde die Akzeptanz bei der „Sonntagsfrage“. Bei einer Abstimmung über einen Fortbestand des

Naturparks würden danach im Barnim und dem Stechlin-Ruppiner Land 83 Prozent für den Erhalt stimmen, in der Niederlausitzer Heide sogar 91 Prozent. „Dass durch den Naturpark die Region bundesweit bekannter geworden ist“, glaubt überall eine Mehrheit der Leute, in der Niederlausitz gaben das 56 Prozent der Befragten an, im Stechlin-Gebiet 60 Prozent, im Barnim 58 Prozent. Die Naturparks können Rückenwind gebrauchen. Tack war in der rot-roten Regierung vor einem halben Jahr am Veto von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) gescheitert, als sie das System der Großschutzgebiete mit den elf Natur-

parks und drei Biosphärenreservaten, in eine neue Stiftung „Natur“ dauerhaft sichern wollte. Sonst seien wegen finanzieller Not vier Naturparks in der Existenz gefährdet, argumentierte das Umweltministerium damals. Am Montag kündigte Tack an, dass sie in der nächsten Legislatur einen neuen Anlauf nehmen will, die Stiftung zu gründen. Tack sammelt dafür bereits Argumentationshilfen. Neben der Akzeptanzstudie hat das Umweltministerium eine weitere Studie in Auftrag gegeben, die bis 2015 die regionalökonomischen Effekte in den Naturparks untersuchen soll. Die Greifswalder Studie weist allerdings

auch auf Reserven und Mängel hin. Ob am Stechlin, im Barnim oder in der Niederlausitzer Heide, fast jeder zweite Befragte kann demnach „Gründe, warum im Naturpark etwas unterstützt oder verhindert wird, ... oft nur schwer nachvollziehen“. Die CDU-Opposition reagierte skeptisch. Die Ergebnisse der drei Naturparks seien nicht auf die anderen übertragbar, sagte Umweltsprecher Dieter Dombrowski. „In den meisten stagniert die Entwicklung. Naturparks sind kein Selbstläufer.“ Ohne entsprechende Finanzausstattung sei nur Verwertung möglich, keine Entwicklung.

THORSTEN METZNER